

Berliner Tageblatt.



Nummer 626.

Berlin, Montag, den 10. Dezember 1894.

XXIII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Arthur Seyditz.

Die Thronrede, mit welcher die neue Session des Reichstags eröffnet wurde, hat alle Diejenigen enttäuscht, welche sich die Erwartung hingaben, daß das Ministerium Hohenzollern diese Gelegenheit ergreifen werde, um ein sekturmäßiges Programm seiner künftigen Thätigkeit zu geben. Es war in dem vom Kaiser verlesenen Aktensatz ebenso wenig von einem solchen Programm als von den Gründen die Rede, welche den jüngsten Kaiserwechsel herbeigeführt. Es ist somit der parlamentarischen Fragekunft durch dieses Schweigen ein weites Feld eröffnet. Man kann, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, getrost den Satz aufstellen, daß diese erste Kundgebung des neuen Reichstages sehr wohl auch die Namensunterschrift seines Vorgängers hätte tragen können. Dieser Umstand, den festzustellen zu sehen, für den Unbefangenen von besonderem Interesse ist, hat namentlich den Wislitzky seiner Kreise erregt, die sich den Sitz des Grafen Caprivi zu sehr hatten angelegen sein lassen, und denen nun keine die Befürchtung aufkam, mit ihrer Manuskriptfertigkeit lediglich „pour le Roi de Prusse“ gearbeitet zu haben.

Während die Presse der Agrarier, Konservativen, Orthodoxen und Antikemiten dieser Verfassung mehr oder minder offenherzigen Ausdruck gab, war dafür getagt, daß gleich in der ersten Sitzung, welche der Einweihung des neuen Reichstages in dessen Häusern folgte, der Antritt über unsere jetzigen Verhältnisse auch weitere Kreise gewann. Die Sozialdemokratie, augenscheinlich nervös durch die Beschlüsse, die ihr das drohende Gesetz wider die Umkleubekleidungen verhängt und stark erregt durch die Entschaltung des inneren Zwischfalls, an dem sie laboriert und der durch das Kräfte-Duell der Herren Webel und Lohmar an die Öffentlichkeit getreten, die Sozialdemokratie hielt darauf, die erste beste unpassende Gelegenheit zu ergreifen, um vor aller Welt darzutun, daß ihr Fühlen und Denken noch wie vor in direktem Gegensatz zu dem der bürgerlichen Gesellschaft liege.

Das erste Hoch, das Präsident v. Rebeok im neuen Hause auf die Person des Kaisers ausbrachte, mußte den Vorwand zu einer Kundgebung darbieten, durch die das monarchische Gefühl der Reichstagsmehrheit naturgemäß heftig verlegt wurde. Man hätte der Häuerei die in dem demokratischen Einzelleben der anwesenden Sozialdemokraten bestand, vielleicht nicht die Ehre anhaben sollen, besonders Aufhebens von ihr zu machen. Da dies aber nun einmal geschah und so dem sozialdemokratischen Redner der billige Triumpf verschafft worden war, sich als eine Art Wärtner des freien Mannesrechts anzupreisen, hätte man auf der rechten Seite des Hauses taktisch geschickter sein sollen, die brutale Ungezogenheit der Sozialdemokraten nicht durch eine Veranlichung dieser Angelegenheit mit dem Votum über die Frage der Abgeordneten-Immunität nachträglich noch mit einer Art Gloriole zu umgeben. So wurde auf der rechten wie auf der linken Seite des Hauses geschickt und die Einweihung des Volkspalastes — denn ein solcher ist das Reichshaus trotz der an seinem Grundriß noch immer fehlenden Inschrift — gab Veranlassung zur Ausführung eines parlamentarischen Unflüchtigkeits, wie es sonst nur in Belgien, Frankreich oder Italien an der Tagesordnung zu sein pflegt.

In der That haben gerade die letzten Tage gezeigt, daß wir auf dem besten Wege sind, in diesem Punkte den genannten Ländern nicht länger nachzujehen. Das Parlament in Brüssel lieferte den Beweis, daß die Sozialdemokraten ihre internationale Gesinnungseinheit zunächst dem Staatsoberhaupt gegenüber zu dokumentieren lieben. Weiteren sich diese Politiker bei uns, sich den Sitten zu erheben, wenn dem Träger der obersten Staatsgewalt eine landesübliche Ehrung dargebracht werden sollte, zu gingen sie in der belgischen Deputiertenkammer so weit, dem Könige und der königlichen Familie die verfassungsmäßige Zivilität zu verweigern. Für den Augenblick blieb dies Votum allerdings eine leere Demonstration, die aber doch den Weg andeutet, den man dort zu beschreiten entschlossen ist.

Auch die italienische Deputiertenkammer war Zeuge heftiger Wortkämpfe, die sich zunächst freilich nicht gegen den Monarchen, dafür aber gegen seinen ersten Minister richteten. Die italienische Thronrede hatte — gegen alle Erwartung — die Hoffnungen unerschüttert gelassen, die man an eine solche Arbeit Crispien geschöpft hatte. Der Ministerpräsident war der Volksvertretung lediglich mit einer Kollektion schönfärbender Gemeinplätze gegenüber getreten, hatte dagegen jede greifbare Einzelheit über seine Finanzpläne vermieden. Derselbe Schweigekunst hatte er sich in Bezug des Verhältnisses zu den Dreihunderten und der Ernennung des Präsidenten Carnot aneignet. Dieser Umstand bot zu den mannigfachen Kommentaren die Handhabung. Namentlich in Paris war man mit seltsamen Auslegungen nicht sparbar.

Die französischen Politiker, in Athen erhalten durch eine merkwürdige Landesvertrahtsaffaire, in der ein französischer Hauptmann des Generalstabes die erste Rolle spielte, hatten es für angemessen gehalten, einen regelrechten Feldzug gegen die den fremden Gesandtschaften beigegebenen Militärbedollmännigen zu eröffnen und dabei zunächst mit pöbelhaften Verleumdungen gegen die betreffenden Mitglieder, namentlich der deutschen Botschaft, vorzugehen. Diese internationale Ungezogenheit hatte ein energisches Einschreiten des deutschen Botschafters zur Folge, das — wenn es sich natürlich auch in äußerlich höflichen Formen bewegte — doch darin gipfelte, daß Graf Müller seine Abreise von Paris in Aussicht stellte, falls diesem ebrachwürdigen Treiben der französischen Presse nicht Einhalt geschähe. Man mag in Paris in diesem Betracht kein ganz reines Gewissen gehabt haben, da die Spuren einzelner Preßangriffe direkt in die Büreau des Kriegsministers, General Mercier, geführt hatten, und so ahnete man sich leicht auf, als man wahrnahm, daß

die deutsche Thronrede mit keiner Silbe jenes nummehr beilegen Zwischenfalls Erwähnung that, vielmehr in sympathischer Anspielung des Trauerfalles gedachte, durch den die französische Republik ihres Oberhauptes beraubt worden war.

In der That hatte es Kaiser Wilhelm in den Schlüssen der Thronrede ganz vortrefflich verstanden, in wenigen Worten des Dreibundes, sowie der Ermordung des Präsidenten Carnot und des Todes des Kaisers Alexander III. zu gedenken. Unter Verhältnissen zum neuen Zaren erfuhr dagegen keine Beleuchtung in diesem Aktensatz, und so nahmen die besonders von englischer Seite in Umlauf gesetzten Kombinationen immer festere Gestalt an, als habe sich Zar Nikolai II. gleich nach seiner Thronbesteigung in Folge seiner Sympathien für das britische Volk und in Folge der unüberwindlichen Verbundenheit seines Heims, des Prinzen von Wales, in den Vamptanz der großbritannischen Politik begeben und sich ihr auf Gnade und Ungnade anbelehrt.

Der frühere Beobachter ließ sich schließlich durch diese Ausstellungen, die zur größeren Ehre des Prinzen von Wales und des Premierministers Lord Rosebery erkoren worden waren, nicht beeinflussen. In der wirklich politischen Welt wirkte man genau, daß der junge Zar vor allen Dingen eine russische, aber keine englische Politik emthalten werde, und die journalistische Schaumflügelerei einzelner Londoner Blätter, welche die neue anglo-russische „entente cordiale“ zu einem franco-anglo-russischen Gegen-Dreibund auswandern ließen, wurde ohne Schwierigkeit nach ihrem wahren Werth gewürdigt.

Die Schlüsse, welche man aus der Intimität gezogen, die sich zwischen Enkel und Vetter, zwischen dem Prinzen von Wales und dem Zaren entwickelt hatte, wurden als ebenso verfehlt erkannt, als die Konsequenzen der französischen Presse aus der Nichterwähnung des Dreibundes in der italienischen Thronrede. Das Märchen von der Fiktion Deutschlands fand erstlich keine Anhänger; ebensowenig wie die Sage, daß England und Russland übereingekommen seien, ihren Bund auf Kosten der Worte zu schließen, die gewonnen werden sollte, die Derbarten der Flotten dieser beiden angestrichelten Verbündeten zu öffnen. Abgesehen davon, gab England gar kein Interesse daran hat, durch die Öffnung der Dardanellen-Durchfahrt für fremde Kriegsschiffe dem schwarzen Meer den Charakter eines „mare clausum“ zu nehmen, hat auch der Sultan keine Ursache, ein gegenwärtigen Zustand auf den Wunsch Englands abzuändern. Hat doch dieses selbe England schon berichtet, der Türkei in Armenien ähnliche Unzulänglichkeiten zu schaffen, wie jene gemeinen, durch die Bulgaren, nach der Inzenerung der bekannten Gladstones Bulgaren-Grenz, den Sultan zum letzten russisch-türkischen Kriege dargeboten. Der Sultan aber fürchtet, als einmal gebranntes Kind, nicht mit Unrecht das Feind.

Ueber Stimmungen und Verfassungen gegenüber Deutschland, die gegenwärtig in Ausland herrschen und auch bei der Besprechung der Thronrede zur Reichstags-eröffnung zum Ausdruck kommen, telegraphirt uns unser X-Korrespondent aus Petersburg:

Die Thronrede wird vielfach in der Presse und Privatkreisen besprochen, jedoch von der Presse meist unfreundlich beurteilt. Die Friedensversicherungen seien sehr anerkannt, doch hätten Kaiser Franz Josef und König Humbert ein Gleiches gesagt, und trotzdem verlangten die drei verbündeten Regierungen erneute Kredite für Rüstungen. An die Absicht der italienischen Regierung im Militär-Gebiet wird natürlich nicht gedacht. Die Finanzlage Deutschlands sei beäunerswerth. Die Worte des Kaisers, Deutschland werde seine Eroberungen allezeit für sich bewahren, lauteten ebenso wenig erfreulich, wie die Erklärungen, welche die innere Politik Deutschlands betrafen. Fürst Hohenzollern werde den Konservativen und Agrariern gegenüber einen schweren Stand haben.

Die Regierungskreise sind dagegen von der Thronrede höchst befriedigt und sehen weniger schwarz in die Zukunft; sie haben überhaupt eine viel deutsch-freundlichere Gesinnung, als in der russischen Presse zur Geltung kommt. Der wenig deutschfreundliche Zug, der neuerdings durch den größten Theil der Blätter geht, soll, wie mir ein zuverlässig unterrichteter Herr versichert, an höchster Stelle überhört worden sein. Dort seien Deutschland gegenüber unabweisend freundschaftliche Gefühle vorhanden, welche auch in Wälde schon einen äußeren Ausdruck erhalten würden, um über die an dieser Stelle bestehenden Anfassungen bezüglich der Deutschland gegenüber in Zukunft einzunehmenden Haltung keine Zweifel mehr zu lassen. Man inklinire hier für England und Deutschland, ohne daß dadurch die guten Beziehungen zu Frankreich tangirt werden sollten, und hoffe auf eine baldige Wiederherstellung guten Einverständnisses zwischen den beiden erstern. Die Haltung Kaiser Wilhelms bei der Ernennung des Zaren zum Chef eines englischen Regiments habe am Hofe sehr sympathisch berührt. Die in der ausländischen Presse von ungenau unterrichteten Korrespondenten getriebenen Mittheilungen über bevorstehende Veränderungen in den höchsten Aemtern seien theilweise aus der Luft gegriffen, theilweise stark verfrüht, was die genannten Personen anbetreffend, fast durchgängig falsch.

Sollte wirklich eine Kundgebung zu Gunsten guter Beziehungen mit Deutschland von oben erfolgen, so dürften bei den russischen Verhältnissen, vermuthlich die deutschfeindlichen Ergüsse der Presse auch bald ein Ende nehmen.

Die Verhältnisse in Ungarn sind, wie aus Budapest gemeldet wird, noch immer nicht geklärt. Die Nationalpartei beschloß auf Antrag des Grafen Apponyi, die Jubelmedaillen vorläufig abzulehnen, weil die Partei kein Vertrauen zu der heutigen Regierung habe. Dieser Beschluß dürfte insofern dem Ministerium weniger Kopfschmerzen machen, als die Unsicherheit in Bezug der Sanktion der kirchlich-politischen Gesetze. Hierüber erhalten wir von unserem

Wiener O-Korrespondenten folgendes Privat-Telegramm: Minister Graf Andrássy ist, nachdem er Sonnabend eine lange Audienz beim Kaiser gehabt, Sonntag nach Budapest abgereist. Man wollte daraus schließen, der Kaiser habe am Sonnabend die ungarischen Kirchengesetze sanktionirt, und Andrássy überbringe die Sanktion dem Kaiser. Dies wurde heute vielfach geglaubt, doch fehlt die Bestätigung. Man wird demnach optimistische Meldungen einstweilen noch mit Vorsicht aufnehmen müssen.

Der Untersuchungsrichter Dopfer ließ die Bücher der Blätter „Paris“ und „Kabital“ prüfen, deren Direktoren von einem Richterlatler der Theilnahme an den Erpressungs-Angelegenheiten beschuldigt wurden. Die Erregung über die baltische Sache ist inzwischen so groß geworden, daß auch allerhand falsche Gerüchte auftauchen. So wurde der „Sow“ am Sonnabend zu melden, daß mehrere Verhaftungen, darunter auch die eines ehemaligen Ministers, stattgefunden hätten. Letztere Nachricht wird indessen formell für unbegründet erklärt.

In der italienischen Deputiertenkammer erklärte am Sonnabend der Minister des Auswärtigen Baron Flanac in Erwiderung auf eine Anfrage des Deputierten Boghis, die Nothwendigkeit, von Kassa für Vertheidigung der erhaltenden Kolonie Besitz zu ergreifen, sei durch die Thatfachen gerechtfertigt worden. Er führte aus:

Sähen wir diesen Platz, die Operationsbasis gegen Cythra, nicht offen, so hätten wir unsere Truppen zur Vertheidigung von Agordat und Keren gegen etwaige Einfälle bedenklich verlassen müssen und unsere Lage gegenüber Abyssinien wäre gleichfalls keine so gute gewesen. Neben anderen Vorteilen war es auch die Erhaltung unseres Ansehens und die Sicherung der Bevölkerung und des Handels für die Zukunft, was diese Aktion gebot. Hinsichtlich unserer auswärtigen Beziehungen legte die Okkupation Kassas jeder Möglichkeit eines Wechsels unserer politischen Beziehungen zu England ein Hind. Die Soldatheit, in der wir uns nunmehr in Kassa betreffen der militärischen Vertheidigung mit den englischen Streitkräften befinden, die in Siam und Madagaskar die Abgrenzung des Subans gegen das rote Meer und den Nil bewachen, hat in natürlicher Wechselbeziehung auch die augenblickliche politische Solidarität zwischen den beiden Mächten in den ägyptischen Angelegenheiten mit sich gebracht.

Der Minister versichert mit allem Nachdruck, daß Italien im Sudan eine weitere Aktion weder beabsichtigt habe, noch eine solche durchführen wolle. Er schloß:

Eine uns mit dem Ausdruck der Sympathie zugekommene Anfrage über den Vertheidigungszustand von Kassa, haben wir dahin beantwortet, daß höhere Streitkräfte weder Hilfe von irgend einer Seite erwarten, noch solche verlangen. Abgeschlossen ist die alle Kolonisationswände in Afrika bezeugen, wird Italien mit Geduld in voller Bewusstheit eines endlichen Erfolges die Stirne bieten. Es liegt nicht in der Macht der Dervische, die Oberhand über unsere Defensivkräfte zu gewinnen, denen die Regierung ihren Genuß und den Ausdruck ihrer Dankbarkeit und ihres vollen Vertrauens entbietet.

Boghis nahm mit Befriedigung von unserer Erklärung Kenntniz.

Ueber die parlamentarische Lage im Allgemeinen sendet uns unser X-Korrespondent aus Rom folgendes Privat-Telegramm vom Sonntag:

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Regierungspartei erklärte Crispi, angelehnt der lärmenden Haltung der Opposition sei eine Verschärfung des Kammerreglements unerlässlich. Ferner äußerte der Ministerpräsident, das Budget, das der Finanzminister vorlegen werde, enthalte kein Defizit; die Regierung werde ferner im Laufe der Woche ein Vertrauensvotum provozieren.

Giolitti hat sich entschlossen, sämtliche in seinem Besitze befindlichen Dokumente einer parlamentarischen Jury von sieben Mitgliedern aus den verschiedenen Parteien vorzulegen, die er um Rath wegen der von ihm zu beobachtenden Haltung fragen will. Die Vertheiligung der Jury haben unter Anderen Rudini und Cavallotti zugefagt.

Der „Gazetta Piemontese“ zufolge hätte sich die Jury bereits konstituit.

Der Krieg um Korea.

Pring Kung ist zum Präsidenten des Kriegsrathes an Stelle Lohopis ernannt worden. Der Schweden in den Hofkreisen Betrugts wächst immer mehr. Da der Wormald der Japaner auf die Hauptstadt nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, so haben die Hofbeamten den Befehl bekommen, 400 Wagen bereit zu halten, um die Werthsachen des Hofes fortzuschaffen. Wohin sie gebracht werden sollen, darüber wird Stillschweigen beobachtet. Wahrscheinlich aber sollen sie nach Pingan, der Hauptstadt Sien-Sin, in Sicherheit gebracht werden.

Die Japaner haben sich schon ganz häuslich in Port Arthur eingerichtet und leben im besten Einvernehmen mit der chinesischen Garnison, die den Soldaten Geschenke macht und sie mit Theateraufführungen u. unterhält.

Von Tientsin kommt die Nachricht, daß in Peking der Hof gegen die Ausländer in Wachen begriffen ist. Der französische und russische Gesandte scheinen sich allerdings keiner Besorgnis hinzugeben, da sie ihre Familien haben zurückkommen lassen.

Fast sämtliche Schiffe der China Merchant Steamship Company fliehen jetzt ausländische Flaggen.

Japan hat, der „Times“ zufolge, die Vermittelung der Vereinigten Staaten niemals angenommen. China bezieht sich auf Art. I des amerikanischen Vertrags von 1858, wonach die Vereinigten Staaten einwirken müssen, wenn China bedrückt wird. Mehrere Städte riefen China, sich direkt an Japan zu wenden. China hat es auch gethan, aber ohne Erfolg. Dem „Reuterschen Bureau“ wird hierzu aus Washington gemeldet: Nach einer hier eingetroffenen Depesche aus China ist ein chinesischer Gesandter ernannt worden, welcher sich behufs Unterhandlungen über den Friedensschluß nach Japan begeben wird.

Die erste japanische Flotte unter General Nodzu hat sich nachden die Pässe von Mo-thien-Sing frei sind, auf Chin-Sing zurück-